

I
01
Herrn Nemitz**Antrag Drucksache Nr.: 00670/2022 Ersetzungsantrag AfD-Fraktion
Betreff: Überwachung auf dem Marienplatz fortführen und Einrichtung einer Polizeidienststelle am Marienplatz auf den Weg bringen****Beschlussvorschlag:**

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit der Landespolizei um die Einrichtung einer Polizeidienststelle am oder in der Nähe des Marienplatzes zu ersuchen.

Die Stadtvertretung spricht sich zudem für die dauerhafte Fortführung der Videoüberwachung und -aufzeichnung auf dem Marienplatz durch die Polizei aus. Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt, rechtzeitig vor Beendigung des vorläufigen Wirkbetriebes mit der Landespolizei Gespräche zur Überführung in den dauerhaften Wirkbetrieb zu führen.“

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)**Aufgabenbereich: übertragener Wirkungskreis**

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen**Art der Aufgabe: -****Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: -**

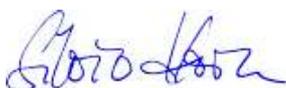
Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

Für die Herrichtung der Videoüberwachung sind der Landeshauptstadt Schwerin bisher keine nennenswerten Kosten entstanden.

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren**Entscheidung obliegt der StV**

Zu Absatz 1 des Beschlussvorschlages wird eingeschätzt, dass die Erfolgsaussichten für eine Polizeidienststelle am Marienplatz gering sind. Das ergibt sich zu einen daraus, dass in der Schlosstraße in unmittelbarer Nähe zum Marienplatz bereits das Revier Mitte ansässig ist. Der Marienplatz kann deshalb innerhalb kürzester Zeit bei polizeilich relevanten Sachverhalten erreicht werden. Zum anderen ist diese Frage in der Vergangenheit durch die Landespolizei bereits abschließend mit negativem Ergebnis geprüft worden.

Zu Absatz 2 kann auf die Stellungnahme zum gleichlautenden Antrag der CDU/FDP-Fraktion verwiesen werden.



Silvio Horn